

und ein weit gefächertes Angebot von Drittmittelgebern.

Die Studie weist auf ein Dilemma von erfolgreichen Forscherinnen und Forschern hin: Sie erhalten für außergewöhnliche Leistungen oft nur mehr Verantwortung übertragen, etwa die Leitung eines großen Instituts oder die Mitgliedschaft in Expertenkommissionen, nicht jedoch mehr Forschungsmöglichkeiten. Dies hindere Wissenschaftler gerade an dem, was sie am besten können: forschen und Kollegen inspirieren.

Alexander Pawlak

### ■ Top-Ten der Physik

Ein Uni-Ranking des Nachrichtenmagazins Focus bewertet auch die Qualität des Fachs Physik. Dabei schneiden Heidelberg sowie die beiden Münchener Universitäten besonders gut ab. Die Studie erhebt unterschiedliche Werte für Forschung und Lehre. Die vergebenen Punkte setzen sich in der Forschung zusammen aus den Ergebnissen für die Reputation bei Wissenschaftlern, der Promotionsquote, den Drittmitteln pro Professor sowie dem ISI-Zitierungsindex.

Bei der Lehre fließen die Reputation bei Wissenschaftlern und die Betreuungsrelation ein. (AH)

Universität	Forschung	Lehre	gesamt
Heidelberg	74	51	68
TU München	60	83	67
LMU München	66	68	66
Konstanz	50	76	57
Jena	60	45	55
Karlsruhe	50	61	53
Würzburg	54	50	53
Tübingen	56	40	52
Augsburg	54	46	51
Stuttgart	51	48	51

Die zehn bestplatzierten Universitäten im Fach Physik.

Quelle: Focus

## USA

### Beschränkte Forschungsmittel

Die US-Wissenschaftler sollten sich verstärkt bei privaten Geldgebern wie der Industrie und gemeinnützigen Stiftungen um Forschungsgelder bemühen, da staatliche Mittel



John Marburger

auf absehbare Zeit nicht mit den wachsenden Ansprüchen mithalten könnten. Diesen Rat gab John Marburger, der Wissenschaftsberater des US-Präsidenten, in einer

viel beachteten Rede. Breite Übereinstimmung herrsche darüber, wie wichtig die staatlich geförderte Wissenschaft für die langfristige Konkurrenzfähigkeit der USA ist. Doch Marburger betonte, dass die staatlichen Forschungsmittel beschränkt seien und dass der US-Haushalt in den vergangenen Jahrzehnten nicht so schnell gewachsen sei wie das Bruttosozialprodukt. Da der Anteil von Forschungsausgaben am Haushalt praktisch konstant geblieben sei, habe ihr Anteil am Bruttosozialprodukt abgenommen. Dies als Argument zu nehmen, einen größeren Teil des Haushalts für die Forschung auszugeben, könne angesichts haushaltspolitischer Beschränkungen auf lange Sicht nicht gelten. Nachdem der Haushalt

für die National Institutes of Health von 1999 bis 2003 verdoppelt wurde, gebe es ein Missverhältnis zwischen den vorhandenen Forschungskapazitäten und den verfügbaren staatlichen Mitteln, meinte Marburger. Solch eine Expansion lasse sich nicht fortsetzen. Vielmehr sei mit einem Kollaps zu rechnen, sodass viele Biowissenschaftler neue Geldgeber suchen oder ihr Arbeitsgebiet verlassen müssten. Für die Pläne des Kongresses, die Forschungsausgaben für einige staatliche Organisationen wie das Department of Energy und die National Science Foundation kräftig zu erhöhen, zeigte Marburger zwar Verständnis. Er hielt es aber für unrealistisch zu glauben, dass es dazu kommen wird.

Marburgers Rede hat zum Teil heftige Kritik geerntet. Die Förderung der Grundlagenforschung durch private Stiftungen, die er beispielhaft erwähnt hatte, wurde als Tropfen auf den heißen Stein bezeichnet. Marburger gehe es darum, die Regierungspolitik zu verteidigen, hieß es. Ein Sprecher der American Physical Society meinte, wenn man Steuern kürze, ein riesiges Haushaltsdefizit schaffe und hunderte Milliarden Dollar für einen unpopulären Krieg ausbebe, bleibe herzlich wenig für etwas anderes übrig. Vor den Präsidentschaftswahlen 2008 seien daher keine wirklichen Änderungen in der Forschungspolitik zu erwarten.

### Green Cards für Fachkräfte

Das Weiße Haus und der Kongress wollen es ausländischen Studenten nach dem Abschluss an einer US-Universität erleichtern, in den USA zu arbeiten. So meinte John Marburger, es sei töricht, ausländische Promovierte heimzuschicken, wenn sie bleiben wollten und man von ihrer Ausbildung profitieren könne. Im US-Senat wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, der den Studenten nach ihrem Studienabschluss zwei Jahre statt einem Zeit gibt, einen Arbeitgeber zu finden, der ihnen beim Erwerb eines H1-B-Visums hilft. Dieses berechtigt zur Aufnahme einer Arbeit in den USA. Außerdem soll die bisherige Obergrenze von 65 000 Visa jährlich auf zunächst 115 000 und möglicherweise sogar auf 180 000 erhöht werden. Zudem ließe sich ein Punktesystem einführen, das junge ausländische Arbeitskräfte mit akademischen Abschlüssen in den Natur- und Ingenieurwissenschaften bei der Vergabe einer unbegrenzten Aufenthaltsgenehmigung, der sog. Green Card, bevorzugt. Demnach gibt es u. a. Punkte für einen Abschluss in Science, Technology, Engineering und Mathematics (STEM), nachgewiesene Englischkenntnisse, einen mehrjährigen USA-Aufenthalt, eine in den USA ausgeübte Arbeit in STEM oder